



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Ein reaktionärer Briefwechsel : für und gegen das parlamentarische
Regiment

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ein reaktionärer Briefwechsel

für und gegen das parlamentarische Regiment

Berlin, Ende Mai 1914.

Nach Reichstagschluß.

Lieber Joachim!



as ist da weiter zu berichten. Es ist doch immer das gleiche Glend. Das kennst du genau so gut wie ich.

Das Niveau wird immer niedriger, der Katzenjammer der Beteiligten und Unbeteiligten immer größer. Die intellektuelle Verwirrung steigt, desgleichen die allgemeine Verlogenheit. Die erste Rücksicht, die die Abgeordneten leitet, ist die Sorge um die Wiederwahl; daher läuft man um die Wette von links nach rechts den einzelnen Wählerkategorien nach, zankt sich herum, ob diese oder jene Partei mit größerer Energie für die Landbriefträger eingetreten ist. Um die zweite Stelle in der Stala der Rücksichten ringen der Wunsch nach den sommerlichen Freifahrkarten und die Hoffnung auf die Präsidentenstelle, deren Vorbedingung ja leider der Schluß der Session, also der Wegfall der Freifahrkarten ist. Und so weiter. Wozu von diesem Glend reden? Jedermann kennt es. Aber niemand wagt, über die wahren Ursachen nachzudenken, geschweige von ihnen zu reden.

Da ich aber gerade im Zuge und von einer weiblichen Mut erfüllt bin, will ich Dir einige Rezerereien über die Ursachen vorsezen, die Du Dir vielleicht auf Deinen Spaziergängen zwischen Deinen Roggenfeldern ein wenig durch Deinen konservativen Kopf gehen läßt.

Die Ursachen dieses ganzen Glends scheinen mir verhältnismäßig einfach, desgleichen die Mittel zur Abhilfe, die nach der Erkenntnis der Ursachen sich

von selbst ergeben. Ein Blick auf die parlamentarisch regierten Länder genügt. Dort sitzen fähige Leute in den Parlamenten, aus diesen fähigen Leuten rekrutieren sich die Regierungen. Weil der Weg zur Macht über die Parlamente führt, lockt die parlamentarische Laufbahn die besten Köpfe. Die Minister, die aus dem Parlament hervorgegangen sind, kennen das Theater, verstehen die Inszenierung und die ganze Maschinerie des schönen Scheins, die in unserer Zeit die Birzenses der Römer vertritt, jene Kunst, den Instinkten, Gefühlen, Meinungen jenes Haufens urteilsunfähiger Menschen, den man Volk nennt, in der Form so zu entsprechen, daß ein Nachgeben in der Sache sich erübrigt. Da sie der Majorität des Parlaments entnommen sind, haben sie Rückhalt an ihr; da die Majorität sich selbst an der Macht weiß, da ihre Führer die Regierungsmaschine und ihre Bedürfnisse kennen, tragen sie den Notwendigkeiten, den großen und kleinen Rücksichten, die an dem Regieren haften, Rechnung.

Wie liegen die Dinge dagegen bei uns? Die Regierung versteht nichts von der Inszenierung, auf die ein großes Volk, das sich mündig glaubt, doch einen gerechten Anspruch hat. Die Parlamentarier verstehen nichts vom Regieren; es sind zum größten Teil kleine Leute, zumeist schwache, in einzelnen Fällen mittlere Köpfe. Ihre politische Bildung haben sie aus der Lektüre von Zeitungen lokaler Bedeutung, wobei hinzuzufügen ist, daß diese Zeitungen selbst wieder von Leuten gemacht werden, welche niemals mit dem Regieren etwas zu tun hatten, noch hoffen können, jemals damit etwas zu tun zu bekommen.

Ein paar Duzend der Abgeordneten kennt vielleicht die Geschäftsordnung, kaum ein Duzend die Verfassung und einige können den Etat lesen. Die Führer verfügen über Gerissenheit und Routine, verbessern aber den Durchschnitt kaum. Die Regierung, die keinen Rückhalt im Parlament hat, ist dem Parlament gegenüber machtloser als in allen anderen Ländern. Da sie keine persönliche Gefolgschaft hat, deren Interessen mit den ihrigen verbunden sind, muß sie, wenn sie etwas durchsetzen will, mit rechten Vernunftgründen Leute überzeugen, welche gar kein Interesse daran haben, sich überzeugen zu lassen, sondern zumeist schon vorher durch die Stimmungsberichte, die sie aus ihren Wahlkreisen erhalten, von dem immer populäreren Gegenteil überzeugt sind. Deutschland ist das einzige Land der Erde, wo die Regierung die Naivität hat, an die Wirksamkeit von Vernunftgründen zu glauben. Sie tut es ja auch nur gezwungen, da sie über andere Machtmittel nicht verfügt.

Die Geschichte der letzten Jahre hat ja gezeigt, daß die Regierung nur die Dinge vom Parlamente durchsetzen kann, die die Stimmung des Volkes für sich haben, also Wehrvorlage und Sozialgesetze, dagegen in allen den Fragen, bei denen das nicht der Fall ist, insbesondere der gesamten Steuer-gesetzgebung, sich dem Parlament auf Gnade und Ungnade ergeben muß. Der weiß ja, wie gründlich der Reichstag alle Steuerprojekte der Regierung im letzten Jahrzehnt umgefrempelt hat. Nicht zum Vorteil der Gesetze. Ganz natürlich. Denn worauf soll ein Parlament, das zwar die Gesetze zu machen,

aber weder auszuführen noch zu verantworten hat, daß über die administrativen Gesichtspunkte keinerlei Erfahrung, von den gesamtpolitischen Rücksichten, die in einem Bundesstaat so komplexe sind, und da sie sich zumeist nicht aussprechen lassen, gewußt werden müssen, keine Kenntnis hat — worauf soll ein solches Parlament anders achten, als auf die mögliche Anpassung solcher Gesetze an das Empfinden der Wähler, an die Sonderinteressen der Verbände, Berufsvereine oder Produzenten, deren Vertreter in den Couloirs, vor den Türen der Kommissionszimmer lauern, deren Flugblätter auf die Tische der Abgeordneten fliegen und deren Proteste und Desiderata die Zeitungen füllen?

So haben wir denn eine Steuergesetzgebung bekommen, in der um der Gerechtigkeit willen, die in diese ungerechte Welt einzuführen weder die wesentliche noch eine überhaupt mögliche Aufgabe von Steuern ist, Paragraphen über Paragraphen mit Klauseln und Ausnahmen überhäuft sind, so daß auch der Gebildete in diesem Labyrinth sich nicht mehr zurechtfindet, und in jeder Stadt Privat Institute, die die Abfassung von Steuererklärungen übernehmen, blühen und gedeihen können. Man hat auf diese Weise wenn auch nicht die Gerechtigkeit, so doch die Zahl der Beamten, die diese Steuern nachzurechnen und zu verwalten haben, erhöht, also die Arbeiter vermehrt, die die Maschine zu bedienen haben, und somit den Betriebsaufwand gesteigert. Man muß ein Drittel mehr Geld nehmen als man nötig hat, weil man mit diesem Drittel die Kosten des Geldnehmens bestreiten muß. Wir haben Steuern, bei denen mehr als die Hälfte des Bruttoertrages auf die Kosten der Veranlagung geht, andere, wie die Fahrkartensteuer, die dem Eisenbahnfiskus der Einzelstaaten mehr kostet, als sie dem Steuerfiskus des Reichs einbringt. Und warum das alles? Weil wir ein Parlament haben, das nur an die Popularität seiner Beschlüsse, nicht an die administrative Ausführbarkeit zu denken nötig hat, das der demokratischen Abneigung gegen die erster Klasse fahrenden Leute durch eine Staffelung der Fahrkartensteuer Ausdruck gibt, ohne zu bedenken, daß man durch eine solche Maßregel die Leute daran hindert, in die erste Klasse aufzusteigen, aus ihr die weniger Reichen zugunsten der Reichsten entfernt, also einen durchaus undemokratischen Effekt erzielt, der noch dazu durch die Abwanderung in billigere Klassen den Eisenbahnfiskus der Einzelstaaten schädigt.

Aus den gleichen Gründen sind wir schließlich soweit gekommen, daß wir, die wir weltpolitisch und weltwirtschaftlich infolge mangelnden Sparsinns an einer zu geringen Kapitalbildung krankten, die wir jährlich vier Milliarden Mark für Bier ausgeben, eine Steuer auf die Sparsamkeit gelegt haben, statt auf das Bier. Aus dem einfachen Grunde, weil es mehr Biertrinker gibt, die Wähler sind, als Leute, die sich durch die Früchte ihrer eigenen Arbeit in die Höhe arbeiten wollen. Wenn dann die Einsichtigen jammern, so klagen sie immer die Regierung an, als ob die unglückliche Regierung, wenn sie Geld für die als unausweichlich bezeichneten Bedürfnisse der Landesverteidigung braucht, vom Reichstag andere Steuern fordern könnte, als dieser zu bewilligen besten-

falls bewogen werden kann. Das muß ich Dir ja zugunsten der Regierung zugestehen.

Nicht viel besser steht es mit der Sozialgesetzgebung. Gesetze über Gesetze. Immer neue Kategorien von Menschen sollen gegen immer neue Schicksale, gegen Krankheit, Armut, Alter, Arbeitslosigkeit und Gott weiß gegen was, in immer steigendem Maße, und das alles zwangsweise, versichert werden. Da melden sich die Berufsvereine, alle Parteien laufen ihnen um die Wette nach, alle überbieten sich in Arbeiterfreundlichkeit. Man verlangt von ihnen keine Verantwortlichkeit, man überträgt ihnen keinen Anteil an der Sorge um die Ausführung, um die objektiven Folgen; man kann keine anderen Rücksichten erwarten, als die auf die Wähler.

Die Folgen sind bekannt. Es sind Gesetze zustande gekommen, in denen administrative Umständlichkeit wahre Orgien feiert. Neun Zehntel aller Deutschen sind versichert. Man hat das moralisch so wohlthuende Risiko aus dem Leben der Menschen genommen und erzieht zwangsweise aus einer Nation, die eben erst zu dem Gebrauch ihrer eigenen Kräfte, zu dem Bewußtsein, durch eigene Tüchtigkeit vorwärts zu kommen, erwacht ist, aus einer Nation, die den Ehrgeiz der Weltherrschaft hat, die doch ohne Kühnheit und Freude an der Gefahr nicht kann errungen werden, — man erzieht, sage ich, mit staatlichen Zwangsmitteln ein Volk vorsichtiger Sicherheitskrämer. Ich will nicht davon reden, wie schwer die enormen Summen auf die Produktion lasten — das ließe sich tragen, wenn die gleichen Summen nur nicht angewandt wären, um die Arbeitskraft des Volkes, das frohe Selbstgefühl, seines eigenen Schicksals Schmiebel zu sein, langsam aber sicher zu ertöten. Fragt nur die Leiter großer Unternehmungen, sie finden immer weniger Menschen, die auf irgendwelchen Posten im Auslande um ein größeres Risiko die Möglichkeit größeren Erfolges sich erkaufen wollen, und immer mehr, die zu Hause ein bescheidenes aber sicheres Schreiberdasein mit Pensionsrechten führen wollen. Alle diese Dinge werden erst in Jahrzehnten ihre volle Wirkung getan haben. Dann wird erst der volle Schrecken denen, die heute gedankenlos zuschauen, in die Glieder fahren — wenn es dann noch Deutsche gibt, die ein anderes Ideal als das der Pensionsberechtigung haben. Aber schon heute sieht man die Umrisse der beiden Typen, nach denen man die kommenden Durchschnittsdeutschen scheiden wird, deutlich aus dem Nebel, der über der Zukunft liegt, hervortreten. Jeder, der mit den Abendzügen der Berliner Vorortbahnen fahren will, kann ihn sehen, dort sitzt er, einer neben dem anderen und einer dem anderen in minderwertiger Zufriedenheit gleich, Menschen, mit denen man Rechnungen in Ordnung halten, aber nicht die Welt beherrschen kann, der eine, der Renten bezieht, weil er früher die Renten anderer ausgerechnet hat, der andere, der Renten anderer ausrechnet, bis er selber Renten beziehen kann, jedes neue Versicherungsgesetz macht neue Tausende zu kleinen pensionsberechtigten Beamten; und wenn die Dinge so fort gehen, wird in fünfzig Jahren der Typus des Deutschen der Kalkulator sein, und die Nation

in zwei Hälften zerfallen, in die eine, die Renten bezieht und in die andere, die sie ausrechnet, und die erste wird auch noch mitrechnen müssen, weil die andere, die zweite, allein nicht mehr fertig wird.

Gegner und Anhänger des parlamentarischen Regimes in dem heutigen Deutschland stellen die Frage immer so dar, als handelte es sich darum, ob man die Macht des Parlaments erweitern solle oder nicht. Ach, davon ist gar nicht die Rede. Die Macht des Parlaments ist, was die Sachen betrifft, längst auch bei uns so groß geworden, wie sie in den Ländern des reinen Parlamentarismus ist. Daß es keine Minister stürzen kann, ist, solange die Minister tun müssen, was das Parlament will, eine unwesentliche Nebensache, die nicht die Dinge selbst, sondern nur ihr äußeres Bild betrifft. Nicht diese kleine Erweiterung der parlamentarischen Macht wäre bei der Einführung des parlamentarischen Regimes das Wichtige, sondern die Korrektur des Machtgebrauchs, den das Parlament heute schon besitzt, durch die Beteiligung an der vor der Geschichte verantwortlichen Regierung. Ohne diese Korrektur muß der Gebrauch der Macht allerorten zum Mißbrauch werden. Wir geben Leuten die Macht in die Hand, und gestatten ihnen nicht, ihren Gebrauch zu erlernen. Ja, wir nehmen ihnen noch dazu die Verantwortung für die Folgen des Mißbrauchs ab, denn vor der Geschichte sind doch immer die Regierungen verantwortlich. Die Namen der Reichskanzler werden noch in einer Zeit mit all diesen Gesetzen belastet sein, in denen kein Mensch mehr was von den Rücksichten der Abgeordneten auf die Wiederwahl berichtet, mit der als gegebenen Faktoren die Regierungen bei ihren Vorschlägen hatten rechnen müssen. So haben wir die Herrschaft der Parlamentarier, ohne das Gegenmittel, das diese Herrschaft erträglich macht, den äußerlichen Anteil an der Macht, die Erfahrung, die durch ihn erworben wird, die Verantwortlichkeit, die er auferlegt. So haben wir, zwar nicht dem äußeren Schein, aber wohl der inneren Sache nach, die Schwächen der Parlamentsherrschaft ohne ihre Vorzüge. So haben wir schließlich den geheimen Sinn der modernen Regierungsmethode in ihr Gegenteil verkehrt. Deren Geheimnis besteht doch darin, daß man der Masse den Schein der Macht überläßt, und den Glauben gibt, sich selbst zu regieren, während in Wahrheit eine dünne und geschulte Oberschicht allein die Dinge leitet, und man kann sagen, daß das Repräsentativsystem mit seinen Parteien und der ganzen modernen Wahlmaschinerie ein allerdings sehr umständlicher Apparat ist — er muß undurchsichtig und daher umständlich sein —, der die Aufgabe hat, den Schein der Macht, der der Inhalt der Volksrechte ist, zu wahren und dafür so sorgen, daß der Schein nur Schein, die Macht machtlos bleibt. In England, Frankreich, den Vereinigten Staaten funktioniert dieser Apparat in staunenswerter Vollkommenheit. Wir aber haben den eigentlichen Sinn dieses ganzen Apparates, in dem nicht die Klugheit der einzelnen, sondern die Logik der Dinge selbst eine tiefe Weisheit verborgen hat, in sein Gegenteil verkehrt, haben den Wählermassen die Macht gegeben und den Schein vorenthalten. Das ist eine Art

politischer Perverſität. Nichts weiter als deren notwendiger Ausdruck iſt eine Geſamtpolitik, wie die unſerige, die in den gebrauchten Worten halbbrüchſtlich, in den erlaſſenen Geſetzen mehr als forſchrittlich, in der Form da und dort an das Mittelalter, in der Sache an den ſozialiſtiſchen Staat gemahnt, während in den Ländern alter politiſcher Klugheit umgekehrt, unter dem Schutze der großen freiheitlichen Worte, vorſichtig und langſam, wie es ſein muß, regiert wird.

Ach, wenn man doch den ungebornen Deutſchen der Zukunft, die das alles zu entgelten haben, heute das Wahlrecht verleihen könnte. Aber die armen, ſie wiſſen ja noch nicht, wie zugunſten einer mittleren Zufriedenheit derjenigen unter den gegenwärtigen Deutſchen, die wählen können, über ihr Schickſal verfügt wird.

So, jezt iſt es genug. Verzeih, wenn ich in einem, jezt freilich der Vergangenheit angehörenden, ſehr liberalen Idealismus Eure Steuer- und Sozialpolitik heftiger angegriffen habe, als Dein konſervativ-gouvernementales Gemüt vertragen kann. Adio! Grüße das Land der Obotriten!

Dein

Jakob.



Das Kaiserhoch und die Sozialdemokratie

Von Michel



ie unwürdige Szene beim Schluſſe des Reichſtages wird wohl noch ihre Konſequenzen haben. Eine ſtrafrechtliche Verfolgung der ſozialdemokratiſchen Verweigerer des Kaiſerhochs kommt nach den Erklärungen des preußiſchen Juſtizministers nicht in Betracht. Um ſo dringender wird die Parteien des Reichſtages die Frage beſchäftigen müſſen, wie ſie die Würde des Kaiſers und des Reichſtages ſelber gegen eine Wiederholung ſo peinlicher Verletzungen ſchützen wollen. Nach der Erklärung des Freiherrn von Richthofen im Herrenhauſe werden die Konſervativen vermutlich die Angelegenheit weiter verfolgen. Aus anderen Parteilagern liegen Äußerungen hierzu noch nicht vor. Daß die Reichsregierung die Sache aufmerkſam im Auge behält, ergibt ſich aus mehreren Äußerungen der Norddeutſchen Allgemeinen Zeitung. Dem Reichstage wird es keinesfalls erſpart bleiben, ſich erneut ſozialdemokratiſchen Kundgebungen antimonaſchiſcher Gefinnung im Sitzungsſaale gegenüberzuſehen. Es liegt nämlich nicht eine gelegentliche